

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreise: Die 4gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 400.— Mtl. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 150.— Mtl. Kleine Anzeigen per Wort 25.— Mtl. — Reklamepreise: Die Millimeterzeile 4gespaltene über deren Raum im Reg. 900.— Mtl.

Mittwoch, den 11. Juli 1923.

Preis pro Jahr: Durch Kustodier 3000.— Mtl. pro Woche Durch die Post 6000.— Mtl. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition: Breslau, Reubnerstraße 50. — Postfachkonto: Breslau Nr. 310 607. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8337.

Vierfache Brotpreiserhöhung

Trotz Abwägungsversuche Ausbreitung des Metallarbeiterstreits

Der Berliner Metallarbeiterstreik

Berlin, 11. Juli.

Die Vereinbarungen, die vorgestern zwischen dem Metallkartell und den Unternehmern abgeschlossen wurden, haben folgenden Inhalt: 8 1/2 Stundenlohn vom 9. bis 15. Juli 12 500 Mark.

Maßregelungen in den vom Metallkartell bestellten Betrieben finden nicht statt. Weitere Lohnfestsetzung im Juli durch das Metallkartell und den Verband Berliner Metallindustrieller auf Grund eines bisher nur teils bekannten Index.

Das bedeutet, daß die Belegschaften der Betriebe, deren Streik vom Metallkartell nicht anerkannt wird, der Unternehmervillwür ausgeliefert werden; daß die Metallarbeiter nach der für Juli getroffenen, vollkommen ungenügenden Lohnregelung, überhaupt aus dem Lohnlampf ausgeschaltet werden sollen.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat in seiner gestrigen Hauptversammlung den Vereinbarungen mit den Gewerkschaftsführern zugestimmt.

Eine Funktionärerversammlung der Metallindustrie lehnte dagegen gestern Abend mit 2/3 Mehrheit die Vereinbarungen ab. Für heute ist eine neue Abstimmung unter den Metallarbeitern anberaumt, die darüber entscheiden soll, ob die Vereinbarungen angenommen, oder der Streik fortgeführt wird.

In der Funktionärerversammlung sprachen sämtliche Führer des Metallarbeiterverbandes einschließlich Dikmann vom Hauptvorstand für die Annahme.

Im Laufe des gestrigen Tages haben die Belegschaften von etwa 20 großen und kleineren Betrieben der Metallindustrie gegen den Willen der Streikleitung die Arbeit niederlegt.

Der Gewerkschaftsbürokratie größte Sorge ist die wie würden wir den Streik am schnellsten ab? Eine Beendigung des Kampfes mit einer öffentlichen Niederlage der Arbeiter wäre den A.S.D.-Leuten erwünscht, wenn man auch nur mit einem täuschenden Schein von Recht dafür die A.S.D. verantwortlich zu machen Gelegenheit finden könnte. Man bemühte sich, kommunistische Metallarbeiter zu provozieren, sich von den übrigen Arbeitern zu trennen, allein den Kampf aufzunehmen. Diese und andere Spekulationen waren auf trügerischen Sand gebaut. So bleibt die Hoffnung, mit dem Schwandel über „wertbeständige“ Index, die Metallarbeiter zu einem Kampfabbruch zu verleiten, ohne daß eine konkrete Forderung anerkannt worden ist.

Schon sind die „Ponzen“ bereit, einen Stundenlohn von 12 500 Mark zu akzeptieren, allerdings mit dem Einspruch, daß die S.P.D.-Arbeiter geschlossenen folgte Betriebe verlassen, in denen noch gearbeitet wurde.

Die Metallarbeiter Verbände müssen einen viel höheren Stundenlohn erkämpfen. Sympathieerklärungen, Solidaritätsbeweisen aus dem Reich müssen die Kämpfenden in Berlin unterstützen, sie müssen aber auch den A.S.D.- und S.P.D.-Bürokraten sehr deutlich zum Bewußtsein bringen, daß die Arbeiter nicht mehr geizig sind, zugunsten der Koalitionspolitik ihre elementarsten Klasseninteressen preiszugeben. Die S.P.D. hat sich auf Gedeih und Verderb mit der herrschenden Klasse für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und für die imperialistische Expansionspolitik verbunden. Die Fortsetzung und Durchführung

dieser Politik bedingt eine bedeutende Verschärfung der Ausbeutung des Proletariats, bedingt weitere Senkung des Reallohnes, bedingt Verlängerung der Arbeitszeit, bedingt weitere Ausschöpfung des Sparpotentials zugunsten des schweren Industrie- und Agrarkapitals.

Darum muß die Bürokratie das Proletariat durch trügerische Tarife, durch geheimen Schwindelindex in der Aktionsfähigkeit zu hindern versuchen, die Erlämpfung eines Einkommens, das wenigstens ein Minimum in der Lebenshaltung gestattet, unmöglich machen. Die Arbeitsgemeinschaft und die Koalitionspolitik sind Fesseln für das Proletariat, halten es in Knechtschaft und stoßen es tiefer hinein. Hier kann nur eines helfen: Trennung aus den Klauen der Arbeitsgemeinschaft! Die Metallarbeiterschaft im Reich, die Arbeiterchaft Deutschlands muß jetzt den kämpfenden Metallarbeitern helfen, damit sie nach eigenem Willen im Kampfe mit dem Kapital ihre Forderungen durchsetzen können. Der Kampf in Berlin entscheidet über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit im ganzen Reich.

Vierfache Brotpreiserhöhung

Berlin, 11. Juli.

Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß in aller nächster Zeit bereits der Abgabepreis über 500000 M. pro Doppelcentner betragen wird. Danach müßte ein Marktbrot zu 1900 Gramm 10 bis 12000 Mark kosten. Das marktfreie Brot kostet dementsprechend mehr. Wo aber bleiben die Arbeiterlöhne?

Deutschlands wirtschaftlicher Zusammenbruch

Es lohnt sich nicht, noch Worte darüber zu verlieren. Die Tatsachen sprechen lauter und überzeugender. Die deutsche Regierung läßt den Dollar in Berlin mit 180 000 Papiermark notieren, während er gleichzeitig in New York im freien Verkehr bis auf 275 000 steigt. Die deutschen Kapitalisten richten sich nach diesem New Yorker Dollarkurs und gehen sogar noch über ihn hinaus. Die Regierung baut auf ihren künstlichen Dollarschwandel an der Berliner Börse und ist doch nicht willens und imstande, bei den Löhnen und Gehältern auch nur bis zur Berliner Notierung vorzudringen. Die ganze Illusionspolitik des wirtschaftlichen und politischen Bankrotts und seiner Spiegelfechteligen Bedeckung und Herms wird dadurch entlarvt. Sie sind nicht nur Bankrotteure, sie sind betrügerische Bankrotteure.

Ein paar Zahlen: In der gemeinschaftlichen Sitzung der Mitgliederversammlung des Reichslohnverbandes und des Großen Ausschusses des Reichslohnverbandes wurden mit Wirkung ab 9. Juli die Kohlenpreise um 50 bis 60 Prozent erhöht. Die rheinisch-westfälische Zettelförderlohn kostet damit pro Tonne 835 000 M., das ist das 69 000fache des Friedensstandes. Stabeisen wird vom Deutschen Stahlbund seit dem 9. Juli überhaupt nicht mehr notiert, um eine Kontrolle der wucherischen Preissteigerungen hinanzuhalten. Die letzte offizielle Preis-erhöhung auf das 64 300fache des Friedens spricht Bände.

Und zur gleichen Zeit wagen es diese gleichen Industriellen, den Metallarbeitern einen Pfortellohn von M. 10 000 die Stunde anzubieten, der nun in vertraulichen Verhandlungen der Gewerkschaften, der Regierung und der Unternehmer bis auf 13 000 M. hinaufgehandelt worden ist. Das würde etwa das 18500fache des Friedensstandes sein, wenn man den Friedenslohn mit der niedrigen Schätzung von 0,70 Mark einstellt.

Die Unternehmer müssen den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch in Deutschland aus, um auf Kosten der Arbeiter, deren Lebenshaltung hinabgedrückt wird, ihre Profite zu vergrößern. Die Sportfähigkeit, die sie als Vorstand nehmen, um die Arbeiter und Angestellten mit Beihilfen abzufinden, rauben sie sich selbst, indem sie ihre wucherischen Preisgestaltungen über den Weltmarkt hinaus-treiben. Sie tun das nicht nur auf Kosten der deutschen Proletarier, sie tun das eben auf

Kosten der deutschen Regierung, die ihnen zu diesem Zweck Devisen an die Hand stellt, die pro Dollar um 100 000 Mark billiger sind, als in New York.

Wenn die deutsche Industrie, wenn die deutsche Regierung sich zugunsten weniger Stimmes selbst ruinieren wollen, so ist das ihre Sache. Die Arbeiterchaft, die der Hauptleidtragende an diesem wirtschaftlichen Zusammenbruch ist, muß sich wehren. Keine Reformen nach der Methode der reformistischen Gewerkschaftsführer, kein Zäufungsmandat mit Index- oder werbeständigen Löhnen kann hier helfen! Solange eine solche Regierung am Ruder ist, die ein Herz und eine Seele ist mit den Landesverrätern und Volksbetrügnern, solange wird den Wucherern vom Landbund und von der Schwerindustrie das Handwerk nicht gelegt werden. Nur die Herrschaft der Arbeiter selbst, nur die Bestreitung über Produktionsmittel kann die deutsche Arbeiterchaft und die deutsche Wirtschaft retten!

Das Urteil im Zirkus-Busch-Prozess

Berlin, 11. Juli.

Im Zirkus-Busch-Prozess wurde gestern das Urteil gefällt. Es bedeutet den völligen Zusammenbruch der Anklage, die die Grundlage zu einem Verbot der A.S.D. abgeben sollte. Die Berliner Funktionäre der A.S.D., Rosenbergs und Fegella, wurden freigesprochen. Steinide, der Redakteur der „Roten Fahne“, erhielt

6 Monate Gefängnis

wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze. Die Anklagen wurden zumteil freigesprochen, bekamen zumteil 6-12 Monate Gefängnisstrafe.

Warnung!

Vom Reichsausschuh der Betriebsräte wird uns geschrieben:

„In der Zeit vom 14. bis 21. Juli 1923 veranstalten die neutralen bürgerlichen Sportvereine in München das 13. deutsche Turnfest. Schon aus den Vorbereitungsarbeiten ist klar ersichtlich, daß dieses Fest

eine nationalsozialistische Parade werden soll.

Die Krönung des Festes soll der „vaterländische Festakt in der Malhalla“ sein, womit jedenfalls die politische „Neutralität“ noch mehr gekennzeichnet ist. Zu diesem Zwecke begaben sich die Festteilnehmer nach Regensburg, wo zu gleicher Zeit das erste bayerische Arbeiter-Sportfest stattfinden wird. Der Zweck ist klar! Unter dem Schutze staatlicher und privater Faltsienverbände soll es zu einer Störung des Arbeiterfestes kommen.

Die Sportvereine verstanden es, unter der Flagge der politischen „Neutralität“ auch viele Arbeiter einzufangen. Darum muß alles getan werden, um die Irreführten aufzuklären, damit sie sich nicht länger zu reaktionären Zwecken benutzen lassen. Proletarische Elemente dürfen nicht in den bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen verbleiben, sich nicht an der nationalsozialistischen Parade beteiligen.

In einem Aufsatze wendet sich der Festausschuh mit nationalsozialistischen Wrauen und mit der Versicherung, daß die bürgerliche Turn- und Sportbewegung pflichttreu an Recht und Ordnung gemahnt, mit großem Arbeitswillen und Untergebenheit ausgetatete Menschen hervor-bringe an die Arbeitgeber zwecks Bewilligung von Urlaub für die Arbeitnehmet und dringt nicht, die Unternehmer selbst einzuladen.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Arbeiterchaft müssen feststellen, welche Proleten sich Urlaub nach München verschaffen, um sie aufzuklären, damit sie nicht als mehr Volk bei der Faltsienparade mitwirken.

Gesellen, erfüllt auch bei dieser Gelegenheit eure Pflicht.

In breiter Front vorwärts zum Kampf! Zur Tagung der Erweiterten Exekutive

Seit dem 4. Weltkongress hat eine weitere Verschlechterung der Lage zu Ungunsten des Proletariats stattgefunden. Das Kapital befindet sich auf der ganzen Linie in der Offensive. Erstarren des Faltsismus, zunehmende Zerrüttung Mitteleuropas, neue Kriegsgefahren, Zerschlagung des Ruhrgebietes und Drohungen Englands an Schwedensland — das ist die Signatur des Tages. Aber gleichzeitig leben wir auch das Erwachen der Arbeiterchaft, das Aufkommen großer sozialer Kämpfe, die Sammlung der Massen um die kommunistische Partei, — kurz, die Anzeichen einer neuen revolutionären Welle unter objektiv und subjektiv reifren Verhältnissen wie 1918.

Angesichts der zu erwartenden Erschütterungen und Kämpfe war es die Hauptaufgabe der Erweiterten Exekutive der kommunistischen Internationale, die Basis, auf die wir uns in den kommenden Kämpfen stützen werden, zu erweitern. Die Bedenken gegen die Anwendung der Einheitsfronttaktik sind heute innerhalb der Internationale überbunden. Je nach dem Grad der Erfahrungen in den Kämpfen und der ideologischen Festigkeit ist die Mandatverteilung der einzelnen Sektionen verschieden stark entwickelt. Überüberall sind — nach den Ausführungen des Genossen Sinowjew — die Traditionen der Sozialdemokratie der 2. Internationale noch lebendig. Dies gilt vor allem in der Stellungnahme in der nationalen und in der Bauernfrage. Beide Fragen sind von größter Bedeutung für die deutsche Sektion, die — historisch gebrochen — morgen vor der Führung der entscheidenden Kämpfe des Proletariats, morgen vor der Übernahme der Macht steht. Sie muß besonders prüfen, ob sie in der Vergangenheit alle Mittel erschöpft hat, um die breiten Massen der Arbeiter- und der Mittelschichten gegen die kleine Schicht der Kapitalisten zu sammeln. Und hier ist vieles versäumt worden. Die Exekutive billigt die Haltung der deutschen Partei in der Ruhrfrage, erkannte an, daß sie theoretisch das nationale Problem richtig gestellt habe. Es habe ihr aber der Mut und die Kraft gefehlt, die gewonnene theoretische Erkenntnis in einer entschieden geführten Kampagne anzuwenden. Wenn es in dieser Beziehung jetzt auch viel besser geworden ist, so dürfen wir doch nicht verkennen, daß in einer schwierigen, für die revolutionäre Entwicklung günstigen Situation kostbare Monate unvollkommen ausgenutzt worden sind.

Biel größer aber sind die praktischen Versäumnisse der Partei in der Bauernfrage gewesen. Unsere theoretische Stellungnahme zu den Klein- und Mittelbauern ist längst klar. Es kommt also auch hier darauf an, die gewonnene Erkenntnis auf das politische Leben zu übertragen. Hier hat die Erweiterte Exekutive durch die Aufstellung der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung allen Sektionen die Arbeit außerordentlich erleichtert. Selten ist wohl eine Lösung der A.S. mit so großer Günstigkeit angenommen worden. Nur die Mehrheit der norwegischen Delegation machte Einwendungen gegen ihre Anwendung für Norwegen.

Aber es wird selbstverständlich nicht genügen, lediglich unsere Parole Arbeiterregierung durch Bauernregierung zu ergänzen. Die ganze Situation verpflichtet uns, neue Methoden der Arbeit unter der Landbevölkerung ausfindig zu machen. Die Beziehungen der Partemitt-

glieder zum Land müssen systematisch in den Dienst unserer Partei gestellt werden. Konkrete Forderungen für die Bauern müssen von uns aufgestellt und vertreten werden, um die Millionen Kleinbauern dem Einfluß der Großbauern und der reaktionären Parteien zu entreißen. Wir müssen erkennen, daß die Neutralisierung dieser Schichten dem Proletariat ungeheure Opfer ersparen wird und wir müssen bereit sein, die Neutralität der Kleinbauern durch die größten Konzessionen auf Kosten der Großgrundbesitzer zu erlangen. Das Proletariat als herrschende Klasse von morgen kann dies tun, denn der moderne Kapitalismus hat selbst die Herrschaft der Stadt über das Land geschaffen und es ist die Aufgabe des Siegers von morgen, gegenüber den Zwischenschichten eine kluge Politik zu treiben.

Im engsten Zusammenhang mit der nationalen und Bauernfrage stand auch die Stellungnahme der erweiterten Exekutive zum Faschismus. Während das Referat der Genossin Jettin eine tiefe Analyse dieser Bewegung gab, war es der Genosse Rabel, der in seiner Schlagertede den großangelegten Versuch machte, die in ihrer sozialen Lage noch zum Proletariat gehörenden Mittelschichten dem Klassenfeind zu entreißen. Die Wirkung der Rede im Lager der deutschen Faschisten ist bekannt. Es wird die Aufgabe der deutschen Partei sein, neben dem Ausbau der Abwehrorganisationen der Arbeiterklasse auch die ideologische Seite des Kampfes gegen den Faschismus mehr wie bisher zu entwickeln. Die Partei kann dies tun, sie ist dazu ideologisch genügend gefestigt. Nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch jeder sozialdemokratische Arbeiter wird verstehen, daß die erfolgreiche Anwendung dieses Kampfes der Arbeiterklasse viel Blutopfer in dem von der Bourgeoisie planmäßig vorbereiteten Bürgerkrieg ersparen wird. Die sozialdemokratischen Führer, die das Proletariat entwöhnen und niederschlagen haben, die jetzt durch ihren Kampf gegen die gemeinsamen Hundstschäfer und ihre gesamte Politik dem Faschismus den Boden bereiten, werden dies allerdings nie begreifen.

Die Behandlung der Gewerkschaftsfrage zeigte nicht nur, daß die Profintern große Erfolge errungen hat, sondern zeigte auch vollständige Einmütigkeit über die anzuwendende Taktik.

Der 4. Kongreß sah den Sieg des Faschismus in Italien, die erweiterte Exekutive mußte zu dem Staatsstreich in Bulgarien Stellung nehmen. Das Besagen der bulgarischen Partei in der kritischen Situation ist eine einträgliche Lehre für die gesamte Internationale, besonders aber für die Sektionen, die unmittelbar vor Kampfaufgaben stehen. Das Proletariat in Deutschland muß aus den bulgarischen Ereignissen lernen, daß es in jedem Konflikt zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie seine eigenen Klasseninteressen mit allen Mitteln wahrnehmen muß. Die revolutionäre Partei des Proletariats aber hat die Aufgabe, diesen Klasseninteressen Ausdruck zu geben und die Arbeiterklasse in den Kampf zu führen. Das bulgarische Ereignis zeigt auch, daß in historisch kritischen Situationen neben der Entschiedenheit vor allem die Schnelligkeit des Handelns von ausschlaggebender Bedeutung ist.

In zweiter Linie stand die Konsolidierung der Internationale selbst. Neben den Vorbereitungen für die Programmarbeiten beschäftigte sich die Tagung mit der Zurückweisung von theoretischen Entgleisungen und Verflachungen, wie sie in der Hauptkategorie in der Stellung des Genossen Högl und Schweden zum Verhältnis der Partei zur Frage der Religion zum Ausdruck kamen.

Daneben aber stand die norwegische Frage ausgiebig zur Debatte. Trotz der Entscheidung des 4. Weltkongresses hatte der norwegische Parteiparagraf mit zwei Stimmen Mehrheit einen Beschluß gefaßt, der schließlich dem des Kongresses widersprach. Die Frage der Zentralisation der Internationale ist für die meisten Sektionen — wie die Debatte bewies — kein Streitpunkt. Alle Parteien erkennen, daß es in der heutigen Epoche keine noch Fragen gibt, die lediglich eine lokale, nationale Bedeutung haben. Von den Vertretern aller Parteien — mit Ausnahme derer von Schweden und Norwegen — wurde der weitere Ausbau der Zentralisation der Weltpartei des Proletariats verlangt.

Wie weit diese bereits vorgegriffen ist, beweisen vor allem auch die Entscheidungen der erweiterten Exekutive für die einzelnen Sektionen. Anher den Beschlüssen wurde in zahlreichen Kommissionsberatungen zu der Frage in den verschiedenen Ländern und dem Zustand der Parteiparteien Stellung genommen. Die getroffenen politischen und organisatorischen Entscheidungen wurden freizuerklärt. Es ist auch zu hoffen, daß die Entscheidung der Exekutive in der norwegischen Frage von der norwegischen Arbeiterklasse begriffen wird und daß sie jeden Versuch der Auflösung der norwegi-

Konfusion bei den Amsterdamern

Wie sehr die Meinungen der Gewerkschaftsführer in der Frage der Gold-, Index- und wertbeständigen Löhne auseinander gehen, beweisen die sich widersprechenden Artikel in der Gewerkschaftspressen. Es herrscht ein heilloses Durcheinander, keiner weiß wohin und woher.

Der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, bringt in seiner Nr. 25 einen Artikel des Verbandsvorsitzenden Brey über „Goldlöhne“, dem wir einige Stellen entnehmen:

„Sibt es nun überhaupt ein Mittel, den Lohn wertbeständig zu machen? Es hat keinen Sinn, den Lagerungsplatz für enttäuschte Hoffnungen um einen zu vermehren. Wie immer die Sache genannt werden mag: Goldlohn, wertbeständige Bezahlung, Reallohn, sobald sie nicht die Tendenz hat, die Papiergelddollars einzudämmen, bleibt sie ein Schlag ins Wasser.“

Brey hält sich aber aufzuzeigen, wie der Papiergelddollars ein Damm entgegengeleitet werden kann. Er verläßt sich auf die alleinigmachende Demokratie und stimmt folgendes Klagegedicht an:

„Um die genannten Quellen dieses Wirtschaftskrisen- und Währungszerfalls zu verstopfen, ist zum mindesten der politische Machtfaktor: Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung neben Maßnahmen außerpolitischer Art erforderlich.“ Die Verbandsleitung und auch der Bundesvorstand kann die erforderliche Mehrheit im Parlament und Regierung nicht schaffen und damit auch nicht die Voraussetzungen, die für die Erreichung von wertbeständigen Löhnen unbedingt erforderlich sind.“

Auch Herr Brey dürfte mittlerweile klar geworden sein, daß man die Frage der Ausübung der politischen Macht durch das Proletariat nicht im Parlament löst. Aber Arbeitsgemeinschaft ist bequemer als Klassenkampf.

Das Korrespondenzblatt des AOB, befaßt sich in seiner Nr. 25 mit dem Artikel „Zum Problem wertbeständiger Löhne“ auch mit der Frage und kommt zu einer Lösung, die der Auffassung Breys entgegengesetzt gegenübersteht, wie aus den folgenden Stellen hervorgeht:

„Seit dem Scheitern der Marktstabilisierung haben Marktentwertung und Zerrung bei uns solche Riesenschritte gemacht, daß die bisherige Lohnpolitik damit nicht mehr Schritt halten kann. Eine Änderung dieser Lohnpolitik ist schon Arbeiterpartei von der 3. Internationale durchzuführen wird.“

Der Genosse Simonow wies auf die Gefahren hin, die die Anwendung der Taktik der Einheitsfront wie auch die Lösung der Arbeiter- und Bauernregierung für noch nicht gefestigte kommunistische Parteien mit sich bringt. Mit steigenden Erfolgen wachsen auch die Gefahren. Aber dies darf uns nicht abhalten, die als richtig erkannte Taktik mit aller Energie fortzuführen.

Die Aufgabe der deutschen Partei wird es sein, die Beschlüsse der erweiterten Exekutive auf die konkrete Lage des Landes anzuwenden, um so möglichst rasch vom Stadium der Kräfteammlung zu den entscheidenden, siegreichen Kämpfen zu gelangen. A. St.

Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Strelitz

Die am letzten Sonntag stattgefundenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz haben zwei bemerkenswerte Erscheinungen gezeigt. Erstens, das Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiterpartei und der Bourgeoisie blieb sich ungefähr gleich. Sowohl bei der letzten Wahl am 16. Mai 1920 wie bei der jetzigen Wahl erzielten die Bürgerlichen zusammen 19 Sitze, die Arbeiterpartei 16 Sitze.

Zweitens, und das ist die wichtigere Erscheinung: innerhalb der beiden Lager zeigte sich eine starke Verschiebung der Kräfte nach links und nach rechts; die Sozialdemokratie erhielt an Stelle der bisherigen Sitze nur 2, die Kommunistische Partei, die bisher im Parlament überhaupt nicht vertreten war, gewann 7 Sitze. Dazu kommt noch der sozialistische Bund der kleinen Landwirte mit 1 Sitz. Demgegenüber treten zum erstenmal die Deutschvölkischen mit 3 Sitzen in den Landtag ein, die auf Kosten der Deutschnationalen und des demokratischen Kleinrentners gewonnen sind. Von unserem Standpunkt aus ist diese Erscheinung nur zu begrüßen, sie klärt die Situation und macht es den Sozialdemokraten ermöglicht, wie bisher in einer Koalition der Mitte verbleibende bürgerliche Politik zu betreiben. Jetzt muß sie sich entscheiden, entweder für die Koalition mit den jüngsten Klassenfeinden der deutschen Arbeiterpartei, oder für die Arbeiterregierung mit den kleinen Bauern.

Der einem Streik der Industriearbeiter im Staatsgebiet. Die Angehörigen der Sozialdemokratie seien bei Wahlen in einer Regierungsverwaltung. Durch Umgehung des Verbotens der Sozialdemokraten, diese Angehörigen für den Klassenkampf nutzbar zu machen. Dieser Streik hat aber nur bewirkt, daß die Angehörigen dafür entschieden haben, dem Streik der Kapitalisten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten.

notwendig, wenn die Arbeiterschaft vor völliger Verelendung bewahrt bleiben soll.“

Es gibt gewiß Theoretiker, die uns betwählen werden, daß alle Bemühungen, den Lohn zu stabilisieren, ebenso zum Scheitern verurteilt sein werden, wie die Versuche der Marktstabilisierung, solange nicht die Reparationen auf ein erträgliches Maß begrenzt und die heutige Wirtschaft tragfähig gemacht ist. Ihnen ist zu entgegnen, daß Industrie und Handel in Deutschland den Weg gefunden haben, ihre Einkünfte zu stabilisieren, durch Uebergang zur Gold- oder Dollarkrechnung, durch Verelendung von Kohlen-, Rast- oder Roggenwährung u. dergleichen.

Nur die Arbeiter und Angestellten sehen sich bisher auf die schwankende Papiermarktrechnung angewiesen, obwohl auch sie ihre Steuern in Prozenten von Lohn und Gehalt, also wertbeständig, abführen mußten. Der Zustand, daß Industrie und Landwirtschaft, Groß- und Kleinhandel nach Gold berechnen und der Lohnempfänger nach Papier abgefunden wird, ist unerträglich geworden und kann nicht länger mehr auf Kosten der Arbeitnehmer aufrecht erhalten werden.“

„Will die Arbeiterschaft ihr Lohnvermögen wertbeständig machen, so muß auch sie zur Goldrechnung übergehen.“

Die Goldrechnung heißt natürlich noch nicht der volle Goldlohn, sondern ein Lohn, der den Schwankungen der Papiermark bis zu einem gewissen Grade entzogen ist. Er kann in der gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands nicht so hoch sein wie der Friedenslohn in Gold, denn auf ihm ruhen die Lasten des verlorenen Krieges und der Reparation.“

„Besto notwendiger bleibt nach wie vor die Forderung nach wertbeständigen Löhnen, die mit gewerkschaftlichen Mitteln zu erreichen und zu erhalten sind.“

Die gewerkschaftlichen Mittel des AOB sind die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft. Daß dort keine Friedensgoldlöhne vereinbart werden, gibt das Korrespondenzblatt mit aller Offenherzigkeit zu. Auch Friedensgoldlöhne würden der Arbeiterschaft wenig nützen, denn es ist damit zu rechnen, daß in Deutschland die Preise in nächster Zeit über den Weltmarktpreis liegen.

Die Arbeiter müssen zeigen, daß sie klarer sehen als die Gewerkschaftsführer, daß es für sie nur eins geben kann: Nicht die Stabilisierung des heutigen Elends, sondern die Erklämpfung des Friedensreallohnes!

Sabotage der Ruffenbrotverteilung durch die französischen Generale

Vom Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte wird uns geschrieben:

Wir erhalten aus dem Ruhrgebiet folgende Nachricht: Die Orte, welche in dem Grenzgebiet der Belagungszone liegen und deren Bevölkerung unter den Absperrmaßnahmen der Franzosen zu leiden haben, werden von dem Landesratsrat der Betriebsräte Rheinland-Westfalens mit russischem Brot versorgt. Das Brot wird in den Konsumbäckereien hergestellt, die es liegen alle im besetzten Gebiet. Durch die neuesten Absperrmaßnahmen ist nun die Brotlieferung nach diesen Orten im Grenzgebiet unterbunden worden. Die Franzosen gestalten nicht, daß das Brot in diese Orte gebracht werden kann.

Da das Brot vollständig kostenlos abgegeben wird, also kein Handel stattfindet, kann ein Verstoß gegen die neuesten Bestimmungen, die sich hauptsächlich auf den Handelsverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet beziehen, nicht in Frage kommen.

Zudem wird die Hilfskommission der russischen Bannern für einzelne Teile des Proletariats an der Ruhr augenblicklich unmöglich gemacht. Die Arbeiterschaft wird Mittel und Wege suchen müssen und finden, um den hungernden Klassenangehörigen trotz alledem zu helfen.

Kampf dem Faschismus

Der größte Betrieb in Weimar, die Waggonfabrik, faßte in einer Betriebsversammlung mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution, in der beschlossen wurde:

1. Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront der Arbeiter;
 2. Bekämpfung gegen den Faschismus;
 3. Bildung von Kontrollausschüssen, die mit tatsächlichen Machbefugnissen ausgestattet sind.
- Die politischen Parteien und die Gewerkschaften wurden schriftlich mit diesen Forderungen bekanntgemacht und aufgefordert, für ihre Durchführung einzutreten.

Die Durchführung des Stimmensprogramms. Zu Gießen, Hessen, sind 900 Bergleute beschäftigt, für die noch geschuldet Arbeit vorhanden ist. Kreuzberg ging die Diktation dazu über und warf 50 Mann von ihnen auf die Straße. Angeklagt wird die Arbeit launiger.

Kommunistischer Wahlsieg! Bei der Gemeindewahl für die beiden verfallenen Orte Gera und Kitzberg erzielten die Kommunisten 76, die Bürgerlichen 116, die Sozialdemokraten 117 Stimmen. Dem Gemeinderat gehören demnach an: 7 Kommunisten, 3 Bürgerliche und 1 Sozialdemokrat.

Gammelwoche des Reichsausschusses der Deutschen Betriebsräte!

Au alle Betriebsräte, an alle Arbeiter!

Stößt Billionen schwebender Schulden hat die kapitalistische Genuß-Regierung seit der Ruhrbesetzung aufgenommen, um den Ruhrkrieg zu führen. Fast ausnahmslos haben die Großindustriellen an der Ruhr diese zwölf Billionen in Gestalt von Milliardenkrediten, Steuererleichterungen, Zuschüssen und in sonstigen Formen geschluckt. Der Erfolg dieser Finanzpolitik ist der vollständige Zusammenbruch der Mark. — Der Dollar wurde am 8. Juli an der New Yorker Börse mit einer Wertemillion Mark notiert, trotz aller Kräfteanstrengungen der Reichsregierung, die Preisen erlassenen Verordnungen. Die Preise aller Bedarfsgegenstände ellen tagtäglich den Weltmarktpreisen nach, kletterten darüber hinaus. Immer stärker sinkt die Kaufkraft der schaffenden Bevölkerung, immer größer grauert wird die Verelendung.

Dies alles geschieht in einer Zeit, wo das Kapital seine Kettenhund, die Faschisten, rücksichtslos auf die Arbeiter losgelassen hat. Tagtäglich werden Arbeiter provoziert, geschlagen, ermordet. Arbeiterhäuser, wie die sozialdemokratische Drucker in Münster, werden in die Luft gesprengt. Jede Woche finden Paraden und Veranstaltungen faschistischer Elemente statt, ohne daß die angeblichen Arbeiterführer die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe aufrufen.

Die Situation ist außerordentlich ernst. Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte hat seit vorigem Jahr in vielen Aufrufen, Flugblättern, Rundschreiben und Versammlungen die Arbeiter auf diese wirtschaftlichen und politischen Gefahren hingewiesen. Zum Kampf gegen Wucher und fortschreitende Verelendung hat er im ganzen Reich die Bildung von Kontrollausschüssen veranlaßt.

Gegen die Bedrohung der Arbeiterschaft durch die Faschisten gibt es nur einen Ausweg, die Schaffung des proletarischen Selbstschutzes. Gering sind die finanziellen Mittel, die dem Reichsausschuß zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung standen. Mit wenigen Kräften und diesen persönlichen Opfern ist es dem Reichsausschuß gelungen, die proletarische Selbsthilfebewegung zu organisieren.

Jetzt ist die Kasse leer geworden. Dem Ausschuss fehlen nicht, wie den Gewerkschaften, obligatorische Beiträge. Aus diesem Grunde steht sich der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte veranlaßt, die Arbeiterschaft aufzufordern, durch freiwillige Beiträge die proletarische Selbsthilfebewegung zu finanzieren.

Vom 22. bis 29. Juli findet in ganz Deutschland eine Sammlung (Gammelwoche) für den Kampffonds des Reichsausschusses statt. Es gilt in dieser Woche, den Kampffond der proletarischen Selbsthilfebewegung so zu stärken, daß der Reichsausschuß der Betriebsräte der ersten politischen Situation gewachsen ist.

In jedem Betrieb muß gesammelt werden! Zeichnet einen Stundenlohn! Hausfrauen, geht in die Häuser mit Sammelkisten von Tür zu Tür! Auf, an die Arbeit! Jeder klassenbewußte Arbeiter hat die Pflicht, zum guten Gelingen der Gammelwoche beizutragen.

Der gesamte Beitrag der Sammlung geht an den Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte an den Kollegen August Christ, Berlin S.-O. 33, Postfachkonto Nr. 146 245, Postfachamt Berlin N.-W. 7. Ueber den Ertrag der Sammelkisten wird öffentlich im Mitteilungsblatt der Betriebsräte quittiert. Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte. 3. A. Hermann Grotthe.

Die englische Politik der offenen Tür

Berlin, 11. Juli. Die gestrigen Meldungen der deutschen Zeitungen über ein separates Vorgehen Englands stellen sich als stark tendenziös übertrieben heraus. Neuer berichtigt, daß die britische Regierung in einer Erklärung im Unterhaus über einen diplomatischen Schritt ihre Einstellung zur Ruhr- und Reparationspolitik festlegen werde. Ein neuer englischer Schritt, selbst wenn er sich mit dem französischen Vorgehen nicht deckt, bedeutet keineswegs einen Bruch der Entente. Englands etwaige selbständige Politik werde vorher in jedem Falle Frankreich angekündigt werden und so vorgegangen werden, daß jederzeit die Möglichkeit zu einem neuen gemeinsamen Vorgehen der Alliierten offen bleibt.

Russenbetrachtungen in Bulgarien. In Suboppe wurden über 70 Arbeiter verhaftet. Die Horthy-Regierung braucht wieder einen „Kommunistenprozess“.

Wiener Faschismusansturm in Wien. Zu einem Wiener Gemeindefest kam es zu Zusammenstößen zwischen „Frontkämpfern“ und Arbeitern, wobei eine große Anzahl Personen, meist „Frontkämpfer“, verletzt wurde.

Dollar 250 000

Bündnis der Arbeiter und Bauern!

Die Erweiterte Exekutive gibt die Lösung heraus: „Arbeiter- und Bauernregierung!“

Resolution der Erweiterten Exekutive

Die Frage der gegenseitigen Beziehungen von Arbeiterklasse und Bauernschaft ist eine der grundlegendsten Fragen der internationalen proletarischen Revolution. Die richtige Einschätzung der Wechselbeziehungen dieser beiden Hauptklassen des werktätigen Volkes bestimmt den Erfolg unseres Kampfes sowohl vor als nach Eroberung der Macht.

Die allgemeine Einschätzung der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft ist in erschöpfender Weise in der Resolution zur Agrarfrage des 2. Weltkongresses der Komintern gegeben. Sie lautet wie folgt:

1. Nur das von der kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des Dorfes vom Joch des Kapitals und des Großgrundbesitzes, von dem Verfall und dem unerbittlichen Krieg zu befreien, die bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen des Dorfes können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der rücksichtslosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturz des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie ihre Rettung finden.

Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals und von dem des Krieges nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in dem Kreise von zünftigen, engverwandtschaftlichen Interessen einschließen und wenn sie sich selbstgefällig auf die Bemühungen um die Verbesserung ihrer unmittelbaren — kleinbürgerlichen — Lage beschränken werden. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie“ bestellt, die die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der 2. Internationale bildet. In Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seinen Verträger (kleinbürgerliche Jurrapatrioten, Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung) darstellt. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vorhut aller Werktätigen und Anführer, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dieses ist jedoch undurchführbar ohne die Übertragung des Kampfes auf das Dorf ohne die Vereinigung der werktätigen Massen des Dorfes um die kommunistische Partei des städtischen Proletariats, ohne die Erziehung der ersteren durch die letztere.

Die Klassenschichtung auf dem Lande

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des Dorfes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in allen kapitalistischen Ländern durch folgende Klassen vertreten:

Erstens durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohn- (Jahres-, Saison- und Tag-) Arbeiter, die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den kapitalistischen Unternehmungen fristen. Eine selbständige, von den übrigen Gruppen der Landwirtschaft getrennte Organisation dieser Klasse (eine sowohl politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, für das Bildungswesen usw.), gesteigerte Propaganda und Agitation unter ihr und das Hinüberziehen dieser Klasse auf die Seite der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens durch die Halbproletarier und die Parteilosen Bauern, d. h. durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen und teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder auf einem gepachteten kleinen Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel gibt. Diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich, ihre Existenz und ihre Sonderlage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den der 2. Internationale gehörenden „Sozialisten“ verächtlich zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil der Macht der Gewohnheit der spießbürgerlichen Anschauungen blind unterliegend und diese Gruppe mit der allgemeinen Masse der „Bauernschaft“ im allgemeinen verwechselnd. Diese Methode der bürgerlichen Irreführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und in Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und in den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der kommunistischen Parteien kann diese Gruppe ihre sichere Anhängerin werden, denn die Aufgabe dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährt. Somit ist ein g waltiger und sofortiger.

Drittens, die Kleinbauern, d. h. die kleinen Landwirte, die als Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft ab-

decken, ohne fremde Arbeitskraft zu mieten. Diese Schicht als solche gewinnt unabhängig durch den Sieg des Proletariats.

Zusammengefaßt bilden die drei oben angeführten Gruppen der Landbevölkerung in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit. Daher ist der Erfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande durchaus gesichert.

Der 4. Weltkongress der Komintern hat diese Resolution des 2. Kongresses weiter ausgearbeitet und ergänzt, indem er die Umrisse eines Aktionsprogramms (Minimalprogramm) der Komintern zur Agrarfrage gab.

Somit hat der 2. Kongress die programmatischen Grundzüge über das gegenseitige Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft festgelegt. Der 4. Kongress hat diese Grundzüge weiter konkretisiert.

Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung

Die gegenwärtige Plenarsitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Komintern hat nun eine konzentrierte politische Formel zu geben, die uns gestatten soll, mit größtmöglichem Erfolg die Beschlüsse des 2. und 4. Kongresses zu verwirklichen.

Diese politische Formel lautet: Arbeiter- und Bauernregierung.

Nach dem ersten imperialistischen Weltkriege stellt die Bauernschaft schon nicht mehr daselbe dar wie vor dem Kriege. In den meisten am Krieg beteiligt gewesen Ländern haben erhebliche Schichten der Bauernschaft schon gewisse politische Erfahrungen gesammelt.

Das Ergebnis davon ist, daß sich während der letzten Jahre ernste Versuche zur Gründung von Bauernparteien bemerkbar machen, die bestrebt sind, eine selbständige politische Rolle zu spielen.

Bemerkenswert ist der seit einigen Jahren wiederholte Versuch der Organisation einer „Grünen Bauerninternationalen“.

Alles in allem verlaufen die Versuche der Bauernschaft, eine selbständige Politik der Mitte zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu treiben, notwendigerweise erfolglos. In den fortgeschrittenen bürgerlichen Ländern fahren die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer nach alter Weise fort, die Bauernschaft an der Nase herumzuführen. Selbst dort, wo scheinbar selbständige Bauernparteien bestehen, werden diese meist von klassenfremden Elementen geführt (Maffsen, Advokaten, Großgrundbesitzer). Die arbeitenden Bauernmassen dienen daher auch dann nur als Werkzeug und politisches Kanonensfutter der schlimmsten Feinde ihrer Klasse. Gerade darin besteht eine der Stützen des bürgerlichen Regimes. Die ganze neuere Geschichte ist voll von Beispielen, daß die breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft ihre politischen Interessen nur im engsten Bunde mit dem revolutionären Proletariat, nur unter der Bedingung der Unterstützung der revolutionären Arbeiterpartei durch die Bauernschaft verteidigen können.

Gleichzeitig ändert sich auch das Verhalten der 2. Internationale zur Bauernschaft. An die frühere traditionelle Ignorierung der Bauernschaft treten Versuche, die Bauernschaft in die interrevolutionäre Politik hineinzuziehen. In dem Maße, wie die wichtigsten sozialdemokratischen Parteien entscheidende Positionen in der Arbeiterklasse immer mehr zu verlieren beginnen und transparenz suchen, streben sie unvermeidlich dem Dorfe zu, richten sie ihre Aufmerksamkeit auf die wohlhabenderen Schichten der Bauernschaft. Die Aufgabe der Kommunisten besteht nun darin, die von den Sozialdemokraten ausgehenden Positionen in der Arbeiterklasse untergründig zu befeuchten und, unter Fortführung des Angriffes vor allem auf diesem Gebiete, gleichzeitig darauf bedacht zu sein, den Versuch der Sozialdemokratie, eine neue soziale Basis im Dorfe zu erwerben, zu vereiteln, indem sie die Bauernarbeit und das ländliche Halbproletariat an unser Banner ziehen und die Bauernschaft zu einem Bunde mit dem revolutionären Proletariat gewinnen.

Schon allein damit, daß die kommunistischen Parteien sich in internationalen Maßstäbe die Lösung der Arbeiter- und Bauernregierung zu eigen machen und mit der Agitation dafür beginnen, wird der Anfang zu einer Neutralisierung der mittleren Bauernschichten und unserer Eroberung der Kleinbauernschaft gemacht. Das Exekutivkomitee der Komintern stellt fest, daß die überwiegende Mehrheit der Schichten der Bauernschaft bis jetzt ein unerträgliches und unserer Sache ungeheuer schadenbringendes Verhalten in bezug auf die Arbeit auf dem flachen Lande an den Tag gelegt hat. In diesem trügerischen Verhalten zeigen sich erstens die bedauerliche Exaltation der 2. Internationale, deren Schöße die wichtigsten Parteien der Komintern entsprungen sind; zweitens eine falsche theoretische Einstellung zur Bauernschaft, die die Sache so darzustellen versucht, als ob vom Gesichtspunkt des „orthodoxen Marxismus“ eine Arbeiterpartei sich um die Bauernschaft überhaupt nicht zu kümmern brauche, und drittens eine engherzige Juntaauffassung des proletarischen Klassenkampfes. In der gegenwärtigen Periode besteht die Aufgabe der kommunistischen Parteien darin, ein für allemal mit diesem Juntaeigennütze zu brechen.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die kommunistischen Parteien dürfen sich als Parteien der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der 2. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich in die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewusst sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzuhelfen haben. Die beschränkte Justizpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Gegenwart des Proletariats in der Revolution verkörpert.

Die Erweiterte Exekutive verpflichtet daher die Landesparteien, sofort ein konkretes Aktionsprogramm für ihr Verhältnis zur Bauernschaft auszuarbeiten und durch ihre parlamentarischen Fraktionen entsprechende Entwürfe einzubringen. Diese Entwürfe werden von der größten politischen Wirkung sein, wenn sie den aktuellen Interessen der arbeitenden Bauernschaft wirklich entsprechen, und wenn zu ihrer Unterstützung Unterschriften auf dem Lande gesammelt werden.

Als propagandistische Lösung, die uns die Möglichkeit bietet, in einer archaischen Formel das auszudrücken, was bisher nur alsbaldig ausgedrückt wurde, kann die Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ eine unbetrieblige Bedeutung gewinnen. Als Lösung des aktuellsten politischen Kampfes hingegen wird die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ ihre größte Wirkung in solchen Ländern haben wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Tschechoslowakei, Polen, Finnland usw. Auf jeden Fall ist der Sieg der proletarischen Revolution und dessen Verankerung ohne einen Beistand seitens der Bauernschaft, welcher Art er auch sein möge, nirgends möglich. In diesem Sinne muß die Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ zur Generallosung kommunistischer Parteien werden.

Die Gefahren der neuen Lösung

Indem das Exekutivkomitee der Komintern die Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ mit allem Nachdruck unterstützt, empfiehlt es allen kommunistischen Parteien, stets die Gefahren zu bedenken, die mit einer falschen Anwendung dieser Lösung verknüpft sind. Wie überhaupt die Taktik der Einheitsfront, so beruhen auch die Lösungen „Arbeiterregierung“ und „Arbeiter- und Bauernregierung“ zweifellos die schwersten Gefahren in sich in jenen Fällen, in denen unsere Parteien sie nicht in revolutionär-marxistischem Geiste durchführen. Die mit der Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ verbundenen, unmittelbar in die Augen springenden Gefahren sind vor allem folgende:

1. In den Parteien, die noch keine genügende marxistische Schulung durchgemacht haben, entsteht die Gefahr, diese Lösung im Geiste der russischen S.R. zu interpretieren, d. h. im Geiste eines kleinbürgerlichen „Sozialismus“, der die ganze Bauernschaft als eine kompakte Masse betrachtet und sich der Aufgabe verschließt, daß es innerhalb der Bauernschaft verschiedene Schichten gibt. Das Exekutivkomitee der Komintern erinnert an die entsprechende Stelle in der programmatischen Resolution des 2. Weltkongresses, in der es heißt:

„Als „Großbauernschaft“ sind die kapitalistischsten Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die der allgemeinen Regel nach mit mehreren Lohnarbeitern wirtschaften und mit der „Bauernschaft“ nur durch ihre niedrige Kulturstufe, ihre Lebensart und durch die persönliche körperliche Arbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind. Das ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die die unmittelbaren und entscheidenden Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw. auf den Kampf mit dieser Schicht muß bei der Arbeit der kommunistischen Partei im Dorfe das Hauptaugenmerk gerichtet sein.“

2. Die zweite Gefahr besteht darin, daß in politischer Hinsicht noch nicht ganz reife Kommunisten den Versuch machen könnten, die revolutionäre Massenarbeit unter den breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft durch bringenslose parlamentarische Kombinationen mit sogenannten parlamentarischen „Parteien“ der Bauernschaft und Führern sogenannter Bauernparteien, die häufig die reaktionärsten Elemente der Bourgeoisie darstellen, zu ersetzen.

Ohgleich sich die kommunistischen Parteien dieser und ähnlicher Gefahren, die mit der Anwendung der Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ verbunden sind, klar bewußt bleiben, betonen sie sich der Erkenntnis der Vorteile einer beweglichen Taktik und entsprechenden Strategie der Vorhut des Proletariats nicht zu verschließen. Sie müssen lernen, die Taktik des Einbringens in die breitesten Schichten der Werktätigen mit einer zähen, unverwundlichen und folgerichtigsten Vertiefung der Prinzipien des revolutionären Marxismus zu verbinden.

Es versteht sich von selbst, daß das Einbringen in die Bauernmassen, wie auch die Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ keineswegs die Verwandlung unserer Partei aus einer Arbeiterpartei in eine „Partei der Arbeiter“ oder „Arbeiter- und Bauernpartei“ zur Folge haben darf. Unsere Partei hat nach ihrer sozialen Zusammensetzung und ihre Ziele beibehalten, eine Partei der Arbeiterklasse zu bleiben, doch einer Arbeiterklasse, die alle Schichten des werktätigen Volkes mit sich zieht und sie in den Kampf gegen die Kapitalisten führt.

Die Rolle der Landarbeitergewerkschaften

Eine der wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Anwendung der Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ unter den breiten Massen des ländlichen Landes besteht in besonders energischer Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften der Landarbeiter. Im Verlaufe aller Kämpfe aufzudecken haben, um sich der nächsten Zeit werden die Kommunisten Mehrheit der schon vorhandenen Landarbeitergewerkschaften zu bemächtigen, bzw. neue Landarbeiterverbände zu gründen, wo solche noch nicht bestehen. Die Landarbeiterverbände haben neben ihren anderen Aufgaben noch die

weitere wichtigste politische Aufgabe zu erfüllen, die Lösung „Arbeiter- und Bauernregierung“ in die breiten Massen der Bauernschaft zu tragen. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften der Landarbeiter eine der Brücken zu bilden zwischen der kommunistischen Partei und dem ländlichen Lande.

Unter keinen Umständen jedoch dürfen die kommunistischen Parteien diese neue Aufgabe auf die Gewerkschaften der Landarbeiter allein abwälzen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben der Gesamtparteien, die Arbeit der Gewinnung der Bauernmassen zum Kampfe mit dem revolutionären Proletariat energisch anzufassen.

Betrieb - Gewerkschaft

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband gegen eine Einheitsfront im Breslauer Bekleidungsgerwerbe

Die 13er Kommission der Betriebsräte des Bekleidungsgerwerbes hatte für Donnerstag eine öffentliche Versammlung einberufen um zu einer autorisierenden Einheitsfront Stellung zu nehmen. Zu dieser Versammlung waren die Mitglieder aller Organisationen eingeladen. Der große Maulheld Franke vom alten Verband war besonders aufgefordert worden, seinen Standpunkt zu präzisieren. Anstatt nun aber in dieser Versammlung sachlich die Dinge zu erörtern, nötigenfalls auch aufläuternd zu wirken, hatte er es vorgezogen, sich leig zu brüden und forderte in der Nummer vom 4. Juli der „Volkswacht“ seine Mitglieder auf, an dieser Versammlung nicht teilzunehmen. Dieser Ausschlag Franke, welcher in Breslau bisher nur seine totale Unfähigkeit als Geschäftsführer bewiesen hat, hätte seines Postens schon lange enthoben werden müssen. In seinem Artikel: „An die Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes“ kommt seine Unfähigkeit ganz besonders zum Ausdruck. Was hat der Kollege Baal, der durch seine Tätigkeit in Breslau der Kollegenchaft große Vorteile gebracht hat, denn eigentlich verborgen, daß er nicht mehr Geschäftsführer des alten Verbandes sein darf? Doch nur, daß Baal sich nicht unter das Diktat einer falsch eingestellten Zentralleitung heugen konnte. Was der Verbandstag beschlossen hat, ist ein Verbrechen gewesen. Er hat es auf Weisheit seiner Zentralleitung getan. Kollege Baal ist gegen den Willen der Gesamtmitgliedschaft seines Verbandes enthoben worden, zu Unrecht aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Gründe dafür waren nicht vorhanden. Man konnte Baal nicht lassen und da hat man so lange gesucht, bis etwas gefunden worden war. Es war rein bestellte Arbeit. Vanger, Sprung, Rabe, Ohla und Konforten waren die Kesseltreiber. Baal mußte von der Bildfläche verschwinden, und dafür war kein Mittel zu schlecht. Sein Hauptverbrechen bestand darin, daß er einem alten Verbandshilfen, welcher mit seinen Beiträgen in Rückstand gekommen war, diese unbegabten Beiträge angerechnet hat. Die Breslauer Ortsverwaltung hat damals in ihrer Gesamtheit mit Einschluß der Gegner Baals, Übergang zur Tagesordnung beschlossen. Uebrigens wurde dieses Verfahren von der Gegenseite ständig ausgeübt. Dafür sind eine ganze Reihe Beweise erbracht worden. Von einem Beschluß des Verbandstages, daß Baal für unwürdig erklärt worden ist, ein Amt in der Arbeiterbewegung zu bekleiden, diese Aufstellung behauptet aufeinander nur in der Illusion des Verfälschers. Ein solcher Beschluß ist nicht gefaßt worden. Man hatte dem Kollegen Baal ja angeboten, eine Stellung außerhalb Breslaus anzunehmen. Baal hat aber abgelehnt. Beweise: Gaukeier Walter und Hauptkassierer Heitmann. Franke weiß das alles genau. Trotzdem diese Unwahrheiten. Die Handlungsweise der Zentralleitung hat am besten und zutreffendsten ein Mitglied der Prüfungskommission gekennzeichnet. Es sagte: „Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß man Baal etwas unterstellt, was zu einem Ausschluß Veranlassung geben kann. Ich persönlich habe die Auffassung, daß man einen unheilbaren Mann auf alle Fälle beizugehen will und sie finden alle möglichen Gründe und sie zerten Dinge aus Tageslicht, über die man einfach hinweg gehen muß. Ich habe von der ganzen Angelegenheit und von solchen Menschen, die Kollegen sein wollen, die Kasse voll. Aber einer muß es doch machen und unparteiisch muß man doch sein. Nach meiner meiner Auffassung wird sich die Sache noch machen lassen, aber nach uns geht es ja nicht. Es ist haarsträubend, daß etwas bei den Schiedsrichtern passieren kann. Wir wissen, daß alles persönliche Angelegenheiten sind. Es stehen alle auf Baals Seite. Die Zentralleitung wird Mittel und Wege finden, Brief zu befehlen. Wir tun es um Heinrich sehr leid. Auch das Zentralleitungs-Mitglied Schlinger hat während seiner Tätigkeit in Breslau einmal erklärt, daß die Zentralleitung die Angelegenheit Breslau einseitig beherrscht habe. Aber die Gegner Baals hätten dauernd Briefe nach Berlin flattern lassen während die Freunde

Baals nichts unternommen hätten.“ Auch im übrigen Teil des Artikels reißt sich Lüge an Lüge. Kollege Baal soll die Organisation gesprengt haben. Dabei war Baal bis zum Schluß einer der eifrigsten Vertreter der Einheitsfront im alten Verband. Auch das ist Franke bekannt. Die Kollegen in Breslau haben mit einer seltenen Fähigkeit ihre einmal gefassten Beschlüsse aufrecht erhalten und haben sich nicht von der Zentralleitung täuschen lassen. An diesen Beschlüssen werden sie auch weiter festhalten. Die Gründung der Lokalorganisation ist nur durch die falschen Maßnahmen der Zentralleitung hervorgerufen worden. Sie wäre unterblieben, wenn man sich auf demokratische Grundlage gestellt hätte. Die Organisationsgespräche finden im anderen Lager. Aber was hat denn das eigentlich mit der Versammlung zu tun? Alle alten Ladenhüter, die Franke in jeder Betriebsversammlung aufwärmt, läßt er auch hier vom Stapel. So wird der Lokalverband mit der Heilsarmee verglichen, d. h. Franke hat seinen Verband gemeint, welcher ja auch tatsächlich so heruntergekommen ist, daß er keiner gewerkschaftlichen Organisation mehr ähnlich sieht. Nur das eine möchten wir Franke sagen, nicht so sehr nach dem Lokalverband zu sehen, sondern er soll in seiner eigenen Organisation Amtshalten. Auch über die Beiträge hätte Franke am besten kein Wort verloren; auch wir sind im Bilde über die im alten Verband erhobenen Beiträge. Dann möchten wir Franke weiter sagen, daß es der Verfasser noch nicht notwendig gehabt hat, mit dem Kängelsbeutel herumzugehen, wohl aber der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband. Es dürfte dort wohl noch in Erinnerung sein, daß man vor kurzem Sammelkassen herausgegeben hat, um die Angehörigen bezahlen zu können. Weigern sich die Mitglieder, zu zeichnen, wendet sich Franke verächtlich an die Arbeitgeber. Und die Arbeitgeber müssen dann nachhelfen. Diese zur Steuer der Wahrheit. Sachlich sei gesagt, daß der Breslauer Bekleidungsarbeiterverband mit allen Mitteln darnach streben wird, eine Einheitsfront herzustellen. An eine Wiedervereinigung kann aber erst dann gedacht werden, wenn man dort eine andere Stellung einnimmt. Unsere Mitglieder stehen auf Anerkennung ihrer Beschlüsse, wie sie im August v. J. gefaßt worden sind. Wer dann als Führer in Frage kommt, darüber werden die Mitglieder zu entscheiden haben. Es scheint ja so, als hätte man schon Angst, abgefaßt zu werden. Woju sonst das Geschrei und die Aufmachung des Artikels. Unser Kampf gilt nicht der Zentralorganisation, sondern unser Kampf geht um die Erziehung zeitgenössischer Arbeiter im gesamten Beruf. Nur in dieser Erkenntnis stellen wir uns auf dem Standpunkt, eine Einheitsfront aufzurichten, ob mit oder ohne Zustimmung des alten Verbandes. Wir wissen, daß die Mitglieder aller Organisationen mit uns darüber einig sind. Die Arbeiter der 13er-Kommission werden wir nach besten Kräften unterstützen und werden es auch selbst an Propaganda und Aufklärung nicht fehlen lassen, bis das Ziel erreicht ist.

Die öffentliche Versammlung fand am Donnerstag, den 5. Juli, im großen Saal der Bratslawia statt. Genosse Max Köhler-Berlin hatte das Referat übernommen. In dessen der Rede zeigte er den zahlreich erschienenen Bekleidungsarbeitern das gewandte Spiel, in welches die deutsche Arbeiterchaft hineingezogen ist. Alle Phasen der Resolution 1918 wurden von dem Redner eingehend besprochen. Allgemeines Aufsehen erregte die Rede „An die des Berliner Oberbürgermeisters. Nach dieser Statistik sind in einer ganzen Reihe von Fällen Menschen vor Hunger umgekommen. Selbstmorde, hervorgerufen durch Nahrungs-schwierigkeiten nehmen in erschreckender Weise zu. Der Gesundheitszustand der Kinder läßt alles zu wünschen übrig. So wie in Berlin, geht es auch in den übrigen Teilen der deutschen Republik. Die gesamte Arbeiterchaft befindet sich in einem furchtbaren Zustand. Während die besagte Klasse nicht nach wie vor die Schuld verdrängen will, geht der Arbeiter-Brotfrage auf's Leb. Redner geht auf die Steuer-Drückerei der Besessenen ein und weist nach,

daß die Kapitalisten so gut wie steuerfrei sind. Im Ruhrkrieg dreht sich der Kampf, ob Stinnes oder Schneider. Im Anfang des Ruhrkrieges stand der Dollar auf 6000, heute auf 200 000 Mark. Der Ruhrkrieg ist so gut wie liquidiert. Verhandlungen haben bereits stattgefunden. Aber auch hier kann man wieder feststellen, daß die Kosten des Ruhrkrieges der Arbeiterchaft auferlegt werden sollen. Dafür spreche das bekannte Angebot der Industrie. In keinem Lande werden die Arbeiter so unterdrückt wie in der deutschen Republik. Die Aufgabe der Arbeiterchaft bestünde darin, dagegen anzukämpfen. In allen Teilen Deutschlands beginnt ein neues Kesseltreiben gegen die Arbeiter. Ueberall breitet sich die sozialistische Bewegung aus. Der Zusammenschluß der Arbeiterchaft zu einer Einheitsfront ist deshalb notwendig. Auch in der Bekleidungsindustrie muß alles daran gesetzt werden, eine Einigung herbeizuführen. In der Diskussion sprachen alle Redner für die Einheitsfront. Nachfolgende Entschickung fand einstimmige Annahme.

Die am 5. Juli in der Bratslawia versammelten Berufscollegeninnen und -Kollegen stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß nur eine Einheitsfront aller im Bekleidungsgerwerbe beschäftigten Personen die vollständige Bekleidungsgerwerbe verhindern kann. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste die absehnende Haltung der Zentralleitung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes zur Bildung einer Einheitsfront. Die Versammelten geloben sich auch ferner mit allen Mitteln, evtl. auch gegen den Willen einiger entgegenstehenden Gewerkschaftsführer einen festen Zusammenschluß aller im Bekleidungsgerwerbe Beschäftigten zur Besserung und zur Hebung ihrer Notlage herbeizuführen.

Eine vernichtende Niederlage der Verbandsbürokratie des DVB.

Nachdem schon in allen anderen Orten Zahlstellenversammlungen des DVB im Waldenburger Reiner zu dem Vorkommnisse des letzten Streiks Stellung genommen hatten, fanden nun auch am Ausbruchort des Streiks die Versammlungen der Zahlstellen Sittersbach und Bärengrund statt und zwar gesondert am Vormittag in Sittersbach und am Nachmittag in Bärengrund. Die Vorbereitungen zu den Versammlungen waren wegen der diesmahligen Wichtigkeit derselben von Seiten der Ortsleiter der Verbandsangestellten sowie von der Fraktion der oppositionellen Kollegen einflüßiger, als sonst üblich, betrieben worden. Es galt nicht nur mit denjenigen abzurechnen, die uns im letzten Kampf in den Rücken gefallen waren, sondern sich auch mit der Gesamtfrage der Organisation zu beschäftigen. So waren denn auch, trotzdem in falscher Verkennung der Dinge schon viele dem Verband den Rücken gefehrt haben, die Versammlungen doppelt, ja dreifach so stark besucht als sonst.

An einem kleinen Vorfalle eingangs der Versammlung in Sittersbach konnte man erkennen, daß die Ortsleiter der Verbandsangestellten bemüht waren alle diejenigen, die zu ihren ungunsten sprechen oder stimmen würden, selbst widerrechtlich, von der Versammlung fernzuhalten. Unter den ladenstehenden und gemeinteten Gründen verwehrte man unterem Genossen R. Schulz, trotzdem er Mitglied und Funktionär des Verbandes ist, den Zutritt zu der Versammlung. Als dies aber alles nichts half, verbot die Angestellte Wismann dem Genossen Schulz an der Teilnahme zu verhindern. Mit den Worten: „Gegen dich schwebt ein Ausschlußverfahren, du hast einen Funktionär tadellos angegriffen. Du bist nicht mehr Mitglied des Verbandes“, glaubte er den Hauptkläger geführt zu haben. — Aber er hatte die Rechnung ohne die Verbandskumpel gemacht. Als sie von allen Seiten riefen: „Schulz muß rein“, gaben sie ihr Vorzeichen auf.

Wismann hielt nun sein Referat über „Wertbeständige Löhne“. Er streifte nur ganz kurz die Vorgänge am letzten Streik. — In der darauf einsetzenden Diskussion meldete sich Genosse R. Schulz zum Wort. Der durch Wismann angegebene Versammlungsleiter Obiz verwehrte ihm dies mit den Worten: „Schulz, du wirst ja sowieso aus dem Verband ausgeschlossen, du kriegst das Wort nicht.“ Aber hier setzte nun ein Entrüstungssturm der Versammelten ein. Genosse Reinhold stellte den Antrag, darüber abstimmen zu lassen, ob Schulz sprechen soll.

Trotzdem man sich vor sei es der Leitung zehn Minuten lang unter allen Umständen dagegen sträubte, mußte unter dem Druck der Mitglieder die Abstimmung vorgenommen werden. Und sie ergab die fast einstimmige Annahme. Von den anwesenden 250 Mitgliedern stimmten nur 3 oder 4 dagegen. Genosse Schulz beschäftigte sich mit dem Problem der wertbeständigen Löhne und erklärte die Forderung der Forderung der Forderung. Genosse Reinhold ging nun zu seinen Ausführungen auf die Haltung der BZ. näher ein. Genosse Kautzsch sowie auch andere Kol-

legen geistelten in Worten das arbeitserfeindliche Verhalten der BZ, wie der Ortsverwaltung. In kläglicher Weise berief sich der Angefallene Wismann sich sowie die BZ. zu verteidigen. Er mußte sich mit den Ausführungen des nach seiner Meinung schon halb ausgeschlossenen Genossen Schulz sowie der anderen Diskussionsredner beschäftigen. — Die Stimmung und der Wille der Versammelten spiegelt sich wieder in der fast einstimmigen Annahme einer Resolution, die in ihrem Hauptgedanken die jetzige Wohnpolitik sowie die eventuelle Einführung der wertbeständigen Löhne verwirft und die Erhöhung der Friedensreallohn fordert. Weiter wurde auch fast einstimmig ein Antrag auf Einberufung der Generalversammlung angenommen. — Eine weitere Resolution betrafte in ihrem Grundgedanken, daß es lächerlich wirkt, wenn die BZ. des Verbandes behauptet, sie habe dadurch, indem 84 Vertrauensleute für sie gestimmt hätten, das Vertrauen zurückgewonnen. Im Organisationsrat der Resolution, daß Überlaufen von Verbandsmitgliedern das schärfste Mißtrauen gegen die BZ. haben. Sie fordert, daß die Mitglieder der BZ. restlos von ihrem Posten verschwinden. Auch diese in ihren Grundzügen so wichtige Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

In Bärengrund, am Nachmittag, war es das selbe Bild. Ganz niedergedrückt von der Niederlage am Vormittag versuchte auch hier Wismann zu retten, was zu retten war. Nicht mehr mit derselben Schlagkraft wie am Vormittag, sondern nur noch mit halbem Geiste sagte er auch hier, wie am Vormittag, das selbe Referat her. Genosse R. Schulz, der dem man wohl vergessen hatte, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren schwebt, trat ihm auch hier entgegen. Hier waren es vor allen Dingen die Genossen Franz Pielich und August Schulz, die unter Zustimmung aller Anwesenden den Streit sowie die Haltung der BZ. beleuchteten. Da Wismann sah, daß hier schon längst nichts zu machen war, ergab er sich resigniert in sein Schicksal.

Dieselben Anträge und Resolutionen wie in Sittersbach fanden auch hier in ihrer Gesamtheit gegen nur 4 Stimmen Annahme. Die Mißtrauensresolution wurde hier noch verschärft dadurch, daß einzelne Kollegen unter der Zustimmung aller die BZ. wählten, den Versuch zu unternehmen, das Mitglied und Funktionär der Zahlstelle Bärengrund, den Genossen Schulz, auszuschließen. Ein Kollege sagte sehr treffend, daß für den Ausschluß des Genossen Schulz kein einziger stichhaltiger Grund vorhanden ist, man aber trotzdem nur den einen Zweck verfolgt, einen gefährlichen Gegner mundtot zu machen.

Die Versammlungen haben, entgegen der Absicht der Burgfriedlichen, einen einheitlichen, kampfesmutigen Charakter getragen. Sie haben gezeigt, daß nur auf dem Boden des Klassenkampfes die Einheit der Arbeiterchaft sich vollziehen kann und das Bewußtsein in ihre Herzen einhämmert, daß im Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit die im Kampfe zusammengeschweißte Einigkeit durch den Sieg getront werden wird.

Metallarbeiter, kontrolliert eure Angestellten

Daß sich die Reformisten im DVB in ihrer eigenen Haut nicht wohl fühlen angesichts des vor der Türe stehenden Verbandstages, beweist eine Meldung, die uns aus Beselad zugeht. Die Geschäftsführer der zur D.B. Begeleit gehörigen Zahlstellen des DVB. veranstalteten hinter dem Rücken (aber auf Kosten) der Mitglieder am Sonntag, den 1. Juli in Wörsburg eine Konferenz, in der sie nur ihren genehmen, stube-reinen Kandidaten nominierten. Vieles Einzelbeispiel beweist nur, daß sich die Reformisten überall gleich sind. Wo die GVE-Bonzen die Verwaltung besetzt haben, nutzen sie ihre Position strupplos aus, um den Mitgliedern ihren Willen aufzuzwingen und die Opposition mundtot zu machen.

Die Aufgabe der Mitglieder ist es, alle derartige Schiebungen der Verbandsstrategen aufzudecken und zu durchkreuzen. Es gilt, nur solche Kandidaten aufzustellen, die als Klassenkämpfer das Vertrauen ihrer Mitkollegen haben.

Hungerlöhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Die im Kreise Lüben (Niederhaveln) beschäftigten Schauffeuwärter, die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert sind, erhalten für Anfang Juli den kolossalen Stundenlohn von 1000 M. Hier muß einmal mit einem eisernen Befehl ausgefegt werden.

Porzellanarbeiterchaft und Landarbeitertreue

Die Bezirkszahlstelle Waldenburg der Porzellanarbeiter-Verbandes hat durch Sammlungen die anwesenden Landarbeiter mit 8 452 650 Mark unterstützen können. Für die Opfer der Kämpfe, die Gemäßigten sollen neue Sammlungen eingeleitet werden.

Aus Breslau

Ein Brot 21 000 Mark

Von heute ab sind die Preise für markenfreies Brot wie folgt erhöht:
1 Pfund markenfreies, helles Brot 5250 Mark, das Vierpfundbrot also 21 000 Mark, 1 Pfund markenfreies dunkles Brot 5000 Mark, das Vierpfundbrot also 20 000 Mark, eine markenfreie helle Semmel (75 Gramm Teiggewicht) 1100 Mark, eine markenfreie dunkle Semmel (100 Gramm Teiggewicht) 1000 Mark.
Im Frieden hat der Arbeiter für einen Stundenlohn 6 Pfund Brot kaufen können. Nach den Preisen muß er also heute einen Stundenlohn von 31 500 Mark erhalten. Der mit den Friedensrealitäten.

Zeitkredit bei Sinto-Hofmann

Die Mobellieferer der Sinto-Hofmann-Werke haben das Ergebnis des Schiedspruches am Schlichtungsausschuß nicht abgewartet, sondern haben bereits gestern morgen den Betrieb verlassen. Was kann auch aus diesen Verhandlungen herauskommen, wenn sie nicht unter den Massendruck der Arbeiterschaft gesetzt werden.

Der Don Quixote-Kampf der „Volkswacht“

Eine ganze Zeit lang wollte die müde Stute Rosinante, auf welcher Don Quixote seine Schlägen schlägt, nicht mehr laufen. Sie brauchte Stalldrüse. Aber die Hundstagshitze läßt diese eble Mähre samt dem dazugehörigen Ritter wieder in die Schranken treten.

Seit einigen Tagen hat die „Volkswacht“ entdeckt, daß man den liegreichen Vorwärts der KPD in Schlesien nicht mit der Wanzentaktik des Zerschweigens aufhalten kann. 4500 neue Abonnenten für die „S. A.-S.“ in der Werbetwoche, dazu der Zerschweifung der „Volkswacht“, trotz des „billigen Heineich“-Abonnementpreises, da kann man nicht länger schweigen.

Sachliche Diskussion politischer Fragen der Arbeiterbewegung, das geht nicht. Die Politik der KPD läßt sich gegenüber der KPD vor Arbeitern nicht verteidigen. Also ein anderes Mittel. Greuelpropaganda, Verleumdung, gefälschte Blatte, Verunglimpfung, Kurz alles, außer sachlicher Auseinandersetzung, ist dem „Volkswacht“ recht.

Paul Levi, der große „Erschütterer“ der Märzaktion, jener Eberingischen Provokation der mitteldeutschen Arbeiter tritt als Kämpfer auf. Die sachliche Zeigner-Regierung hat es ihm angetan. Zur Sache selbst hat er zwar nichts eigenes zu sagen. Aber man fühlt, was er will. Die Zeigner-Regierung ist den rechten KPD-Führern von jeder ein Dorn im Auge gewesen. Jetzt glauben sie den Augenblick gewonnen, wo sie ihr den Dorn ausmachen können. Nur um das eine handelt es sich, eine Form zu finden, um der KPD die Schulzuzuschreiben. Deshalb fordert Levi, — daß die sachliche Frage zur Angelegenheit der gesamten KPD, also des Zentralvorstandes der Partei, werde. Deshalb will Levi alle rechten KPD-Führer zu einer Verleumdungstournee nach Sachsen schicken, um durch eine planmäßig geführte Agitation den Boden zu untergraben, auf dem die Zeigner-Regierung steht. Für das übrige Reich aber wird schon heute in die Welt bekannt: die Kommunisten wollen die Regierung Sachsen stürzen. Diese Greuelpropaganda wird nun von der „Volkswacht“ langsam gesteigert. In der Montagnummer bringt

alle einen Greuelbericht aus Rumänien, der sich mit dem „Glaub der Presse“ beschäftigt. Zwar ist der Bericht aus dem Zentrallängsbüro der KPD, dem Sozial-Parlamentarier, das findet aber nicht, daß die „Volkswacht“ ihn doch nicht als übernahm. Und dabei passiert ihr ein kleines Unglück. Der Artikel gibt nämlich nicht einen Bericht über die Greuelstaten der dreimal verfluchten Volkswächter, sondern er zeigt für aufmerksame Leser sehr deutlich, wie die Kontrevolution den Arbeiterstaat zu untergraben versucht.

Nachdem die reaktionären Blätter unterdrückt waren, kamen sie unter anderem Namen heraus. Jetzt nach der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik versuchen die sogenannten „neutralen“ Blätter, die genehmigt wurden, die Littatur des Völkertums zu untergraben. Das alles vertritt uns der Artikel, der uns vom „Glaub der russischen Presse“ berichten wollte. Aber noch etwas anderes wird berichtet, und das ist der Kern, weshalb die „Volkswacht“ sich mit den russischen Zuständen beschäftigt. Der Artikel ist nämlich indirekt eine Aufforderung an die verbotenen KPD-Funktionäre, an solche, die nie alle werden, mit Gewalt gegen die Kommunisten vorzugehen.

„Hilfere“ Rubrik aus Betrieb und Gewerkschaft, wo wir die Verhältnisse und das arbeiterfeindliche Verhalten der KPD, besonders festhalten. In diesen Herren ein Dorn im Auge. Arbeiter aus den Betrieben berichten hier, was sie selbst erleben, erzählen zur Verheerung und Warnung aller Kollegen über ihren Kampf gegen Unternehmertum und über die Widerstände, die ihnen in ihrem Kampf um die Befreiung von den Reformisten in den Weg gestellt werden.

Und da erzählt nun die „Volkswacht“: Auch die Sowjetpresse hat diese Rubrik eingerichtet. Die Korrespondenten und die landlichen Mitarbeiter hatten hieße Stunden zu überstehen. Einige sind wegen ihrer Schreibwilligkeit ermordet worden und die Föderung von zwei Korrespondenten der „Volkswacht“ wird gleichfalls auf die Embroderung über diese Namen für die Sowjetpresse zurückgeführt. Solche nicht mitzuersehenden Vorvornuntz liegen es geraten erscheinen, mit den Berichten aus Fabrik und Land aufzuhören.

Das ist tatsächlich eine nicht mitzuersehende Aufforderung an die deutschen Propagandisten durch Zerror die Berichterstattung für die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ zu bekämpfen, um das Verschwinden dieser Rubrik zu erwirken. Die Leute in der „Volkswacht“ werden sich aber arg künftigen. Keinen einzelnen verschmundenen Abonnenten werden sie durch vorantige Terrorandrohung zurücktreiben. Im Gegenteil. Mit jedem Tage wird das Verbleiben mehr erschweren wie es von der „Volkswacht“ und den KPD- und Gewerkschaftsfunktionären hirters Platz geführt wird. Nur eine Partei und eine Presse tritt hier die Interessen der Arbeiterschaft. Alle Hehe gegen die KPD und gegen Sowjetland am vorderen Vorwärts nicht aufhaken. Den Arbeitern geben die Augen auf. Sie kommen zur KPD und lesen die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“.

Volkshüterei und Befehalle geschlossen

Die städtische Volkshüterei 5 Matthiasplatz 13 ist vom 9. Juli bis 4. August geschlossen.

Die städtische Befehalle 2, Matthiasstraße 9, wird vom Mittwoch, den 11. Juli ab, auf vier Wochen geschlossen.

Aus der Provinz

Wo wird gekämpft?

Donnerstag, den 12. Juli, in Stegitz, Volkshaus.

Freitag, den 13. Juli, in Schmiedberg, in Schreibers Hotel.

Sonntag, den 14. Juli, in Hirschberg, Berliner Hof.

Rußlandhilfe

Auf den Sammellisten für das Rote Kreuz sind folgende Beträge ein: Liste 2501 (51 000 Mark), Liste 2521 (15 400 Mark), Liste 2522 (89 400 Mark), Liste 2524 (27 800 Mark), Liste 2525 (17 700 Mark), Liste 2526 (40 850 Mark), Liste 2528 (4 700 Mark), Liste 2529 (20 500 Mark), Liste 2531 (18 700 Mark), Liste 2533 (20 900 Mark), Liste 2534 (4 500 Mark), Liste 2535 (18 000 Mark), Liste 2540 (7 700 Mark). Die noch ausstehenden Listen sind umgehend mit den gesammelten Beträgen einzulenden. (Postzeit-Konto Nr. 12 977).

Bezirkskomitee Schiffsahrt
der Arbeiterhilfe für Sowjetland
F. A. D. S. W. A. S. H. S. J.
Breslau 18, Augustastr. 128.

Republikanische Beamte und Orgelch gegen wehrlose Arbeiter

Man schreibt uns:
Auf Befehl des Amtsgutbesizers Hauptmann v. Belsen aus Jäschowitz fand am 3. Juli bei dem Arbeiter Bernhard Jung in Margareth eine Hausdurchsuchung statt, da man bei ihm ein Gewehr vermutete. Der Landjäger Henning aus Jäschowitz in Begleitung des Feldwärters Moese und drei Orgelchelden, welche mit Karabinern bewaffnet waren, kamen Mittwoch nachmittag nach 3 Uhr in die Wohnung des Arbeiters und forderten Glimmer-Jung selbst mit noch in Arbeit. Da die Frau nicht schnell genug aufmachte, erbrachen sie die Tür, wobei das Schloß in Trümmer ging. Der Landjäger brüllte und benahm sich wie ein Vieh, da er in angetrunkenem Zustande war. Die Frau wurde in eine Ecke gedrückt und die Orgelchelden begannen ihr Weh. Alles wurde in der Stube untereinander gebrochen, Betten und Wäsche dabei zerrissen und sogar die Bettdecken wurden durchgehört, ob etwa was Geheimnisvolles drin versteckt ist. Auf die Anführungen der Frau, sie sollen doch warten, bis der Mann nach Hause kommt, erwiderte der Landjäger, wenn der kommt, so ist er erledigt. Derselbe Arbeiter hat vor vierzehn Tagen denselben Landjäger in total besoffenem Zustande auf dem Wege nach Jäschowitz im Straßengraben angetroffen und ihm aufgeholfen. Wer bezahlt nun den Schaden, den diese Heiden dem Arbeiter zugefügt haben? Sollte sich doch dieser seine Herr Landjäger lieber ein bißchen mehr umsehen, und auf die Kohlenstieher etwas mehr achten. Wir fragen hiermit öffentlich an, was gedenken die Behörden mit diesem Beamten zu tun. Wenn hier nicht bald Abhilfe geschaffen wird, dann müssen die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen.

Bezirksturnfest des Arbeiter-Turner und Sportler 1. Bezirk, 14. Kreis

Sonntag, den 29. Juli, findet in Streben das 1. Bezirksturnfest der Arbeiter-Turner und Sportler statt. Es wird eine gewaltige Festschau der Arbeiter-Turner und Sportler werden. Alle Vereine, die dem Bunde angehören

haben schon fleißig, alle Wollen und Mühen dabei sein. Jung und alt, die Jungen, um zu zeigen, die Alten, um zu prüfen, ob die Saat welche sie in schwerer Zeit, in einer Zeit wo der Volksturner und das Schmarboretum flücht, gelöst, für uns Arbeiterturner auch ausgeht und für unsere Bewegung gute Früchte trägt. Trotz der schweren Zeit muß es jeder möglich machen, bei dem Fest zu erscheinen und seine Kräfte zu messen in freudigem Ringen. Zeige sich jeder als Idealist, dann muß die Festschau welche geplant ist, gelingender sein, als in unser Fest aus eigener Kraft heraus, ohne fremde Hilfe und Guldüsse und Ehrenausweise, und alles, was Baum und Stein bringt. Wir fahren Sonntag, den 29. Juli, früh 5.15 Uhr vom Hauptbahnhof ab. Die Mannschaften und Kampfritter Schmeißer, die Soldatlar, der Streben, Arbeiterturner, ebenfalls es uns für alle Wettkämpfer und Kampfritter, Freiluftturner zu helfen. Der Wettbewerb für alle Teilnehmer war der 20. Juni. Es fehlen noch einige Wettkämpfer. Alles was noch mit will, muß umgehend gemeldet werden und zwar die Teilnehmer an Turngruppen, die Wettkämpfer an die einzelnen Wettkämpfer, nochmals für die Sportler und Fußballer Wettkämpfer für Fußball 60 Meter Balltreiben, Kugelstoßen 1/2 Kilogramm und Ballweitsprung, Sportler 100 Meter Ball, Kugelstoßen 1/2 Kilogramm und Dreifprung.

Am Sonntag, den 8. Juli, fand in Streben eine Fußballprobe der Freiturner statt. Am Fest selbst müssen sich die Wettkämpfer an die einzelnen Wettkämpfer, nochmals für die Sportler und Fußballer Wettkämpfer für Fußball 60 Meter Balltreiben, Kugelstoßen 1/2 Kilogramm und Ballweitsprung, Sportler 100 Meter Ball, Kugelstoßen 1/2 Kilogramm und Dreifprung.

Unterbezirkskonferenz der KPD des Unterbezirks Waldenburg

In Anbetracht der am 8. Juli stattgefundenen Bezirksauskunftung berufen wir für Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Rotfenbach eine Unterbezirkskonferenz ein. (Satz wird bei der vormittags stattfindenden Rundgebung bekanntgegeben). Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt: 1. Bericht von der Bezirksauskunftung (Gen. Köpfer); 2. Bericht der U.-B.-K. und unsere Aufgaben; 3. Rote Landwoche — Antifaschistentag (Kawge); 4. Die Aufgaben der Schülerräte (Herbert Sandmann); 5. Anträge und Verschiedenes (Kindergruppenkaffe).

Gesonnen, Gesonnenen, in Anbetracht der ersten Situation ist es unbedingt notwendig, daß alle Ortsgruppen-Funktionäre antwefend sind. Die Ortsgruppen Schmeißer und Petersdorf werden es nasslich ermutigt, daran teilzunehmen und Delegierte zu entsenden.

Unterbezirksleitung der KPD, Unterbezirk Waldenburg.

In alle Ortsgruppen des Unterbezirks Waldenburg.

Die Zentrale hatte für den 15. Juli einen Anti-Faschistentag vorgelesen, durch Rücksprache mit der KPD, ist dieser auf den 29. Juli verschoben worden. Da wir bereits alle Vorbereitungen getroffen haben, so eröffnen wir unsere Kampagne gegen den Faschismus am 15. Juli durch eine große Rundgebung in Rotfenbach. Alle Ortsgruppen treffen sich um 9 Uhr am Gerichtshaus. Es wird eine Massenversammlung im Freien abgehalten, in

Mitgliederversammlung der KPD am Mittwoch, 11. Juli, abends 7 Uhr im kleinen Saale des „Schiefwerder“ Thema: Die nationale Frage. Referent: Gen. Gubermann.

Vorbereitung des Roman

Roman von Concha Bepius

10] In der Spitze der Mole, die anderen Zurückbleibenden und Nachschauenden weit hinter sich lassend, steht mit zitternden Muskeln ein Hund, der in höchster Erregung den Schwanz aufrecht und die Ohren spitzt. Man hat ihn zu wiederholten Malen vom „Hardy“ geworfen, und er verfolgt nun von hier aus das Schiff mit wachsender Angst, die in ein Sammergeheul übergeht, in einem Sprung endet, mit dem das Tier die entleerende Spur des Schiffes zu erreichen hofft.
Gabriel verfolgt angstvoll den Kampf des treuen Geschöpfes; er weiß, daß man ihm nicht gestattet, es mitzunehmen, und er will es nicht sterben sehen; aber er blüht hin, ohne es zu wollen, er spricht zu ihm, ruft es, streckt ihm in heftigem Aufwallen des Erbarmens die Arme entgegen und überquert das Deck bis zur äußersten Spitze des Zeltdaches.
„Gehört er ihnen?“ fragt ihn hier die etwilige Reisende am Bord, bestürzt auf den Hund zeigend.
„Ja,“ antwortet der Bursche dumpf.
Der treue Bolina schickt in diesem Augenblick sein klägliches Geheul zum Boot hin, zeigt das Weiße seiner in Todesangst verdrehten Augen und taucht unter im Schaum des Meeres zwischen den treibenden Algen, die die Sonne erwarten.
Die Reisende ist sehr bleich; sie hat die Hände auf der Reeling gefaßt und hält, ebenso wie der Matrose, den Blick auf die bewegte Stelle gerichtet, die sich schon wieder schließt und die Wellen wieder spiegelt.
Und durch die Wellen fliehet jetzt ein anderes Fahrzeug, das ein zitterndes Brausen und seinen Schatten in Form eines Kreuzes auf die Bucht hinabstendet.
„Ein Flugzeug!“
Das junge Mädchen mit der kurzen Mähne wird von ihrem Gefährten gerufen.
„Rosario, komm!“

Er hält ihr ein Fernglas hin, und sie blüht mit zurückgeworfenem Kopf in die Höhe; ihre Lippen fliegen und geben die Schläfen frei; frohlich spielt der Wind in ihrem schleifarbenen Haar, das plötzlich in rötlichem Schimmer aufflammt.
Die Sonne ist aufgegangen; sie zeigt ihr flammendes Rot am offenen Horizont der fantastischen Küste; ein Strom von Blut scheint von ihr heranzustürzen und die reine Sitte des Himmels zu färben.
Die Dinge verlieren die kalte, unsichere Färbung des Morgengrauens; sie brennen im aufsteigenden Licht, zu einer einzigen Flamme verschmelzen, und auf dem Schiff wie an der Küste lebt selbstam eindringlich die Erinnerung an den Krieg auf. Unpöglich weiß man wie etwas Neues, daß die Zeiten rau und grausam sind, daß die Abert der Menschen sich in Korallenströme ergießen, daß der Tod frei durch die Lande zieht und daß das Herz der Menschheit verblutend leuchtet.
Der „Hardy“ ist schon getauft und fährt mit dem Winde; düster ist seine schwarze Silhouette, wichtig sein Kiel, der wie eine leuchtende Narbe durch das Wasser schimmert; an der rechten Seite blühen die Mündungen der Hotchkissgeschütze, die ihn bewaffnen und in den östlichen Ozean gerichtet sind; ein Zeichen des Kampfes, der rot die Welt durchzieht.
In der Höhe entfernt sich der Vogel mit den ausgepannten Schwingen auch auf dem Pfad des Lichts, ohne sich sehr zu erheben, wie die Falken, die die Früchte des Meeres heranzüht. Und plötzlich beschleunigt er seinen Flug, steigt erst höher, senkt sich, zeichnet den Keil mit dem Zeichen Christi und bleibt schließlich, wie in Erwartung, im Gedüll des Himmels hängen.
Das Boot leuchtet ringsum ruht alles im tiefen Schweigen zitternder Unruhe unter der Herrschaft des Windes. Es ist ein Augenblick von unagbarer Feierlichkeit, den die Reisende in tiefer Bewegung unterbricht. Während ihre Aufmerksamkeit auf den Doppeldecker gerichtet ist, sagt sie mit flangvoller Stimme:

„Wenn er doch unseren Hoffnungsstreich ins Herz der Sonne tragen könnte!“
Als wolle es diesem inbrünstigen Wunsch gehorchen, steigt das Flugzeug höher, gleitet in ruhigen, zitternden Fluge eines Weibes in östlicher Richtung dahin und verbergt sich in den Flammen des Westens, das schon in all seinem Glanze erstrahlt.
Gabriel steht unbeweglich neben dem Untergewinde, er hat den Hochflug des Menschenvogels gesehen, hat den Wunsch des Mähchens gehört und erleidet die Qual eines hängstigen Beeregefühls, so — als könne der unermessliche Raum sein Herz nicht fassen.
Aus dem Gestalt des schwarzen Mannes funkeln die Augen inmenslos.
Vier Tage glücklicher Fahrt und der „Hardy“ nähert sich Estuaria, bei aller Unerschrockenheit vorsichtig keinen Weg langs der Küste suchend.
Er hat aus der Ferne mit Kanonen geschickte Kriegsschiffe aus allen Ländern gesichtet, deswegen Verhältnisse von Unterseebooten, Schmutzgeschiffe, frühe Spuren von Schiffbrüchen; alles das, gelblich angestrichelt, geduckt im Schaume der Wellen; zuerst in einer stolzen Landchaft von Wogen und Bergen, gegenüber dem Marcano de Bulnes und der Pena Negra, dann kein Einsehen der gefährlich schönen Costa de la Muerte. Später, als er das Kap Fintstern erreicht, werden die herlichen Ströme von Galicia sichtbar, die lieblichen Dünen von Lusitania greifen herüber, und die westliche Spitze der alten Welt, von deren Ufern auch die Zivilisierten Europas begrenzt sind, entschwindet, vom ewigen Gesang des Meeres verschlungen.
His Majesty's Officer“ unterhält sich zum Abschied höflich mit den Reisenden und findet großes Interesse an den blassen Augen des jungen Mädchens. Sie lehnt in nachlässiger Haltung an der Reeling und antwortet in englischer Sprache etwas gestreut auf die Fragen des neuen Freundes.
„Ja, ich will ein paar Landkästchen schicken,“

„Bruder, soviel ich kann, bei meinen Forschungen helfen.“
„Für längere Zeit?“
„Das kommt darauf an ... Wir sind freier wie die Vögel, aber wir lassen uns leicht von neuen Eindringlingen gefangen nehmen; wenn uns das Land gefüllt und die Arbeit gut fortgeschritten, so wohl Gott ...“
„Darauf ist nicht ihre Adresse wissen — für den Fall, daß ich bald nach Estuaria zurückkomme ... wie ich hoffe?“
„Oh, das ist schwierig — wir schwelgen umher, ohne lange am gleichen Orte zu verweilen. Aber wenn sie unseren Namen und Beruf kennen ...“
„Das junge Mädchen entnahm ihrer Tasche eine Karte, die sie in die eifrig ausgestreckte Hand des Engländers legte.
„Jole Quis und Rosario Garcillan — Redakteure der „Evolution“, Madrid“ — las der Seemann.
„Geben Sie in der Hauptstadt?“ fragte er.
„Wir haben dort ein Winterquartier im Hause eines Verwandten, selbstem unser Haus nach dem Tode unserer Eltern ausgeerbt wurde. Aber wir reisen viel für die Zeitung oder, wenn wir können, auf eigene Rechnung.“
„Wie glücklich!“ seufzte der Offizier mit der Sehnsucht eines Menschen, der — selbst durch harte Mühen gebunden — das Leben der andern vorbeistrafen sieht.
„Ach, wir sind mit wenigem zufrieden“, meinte Jole Quis, während seine Blicke sich erfüllt vom Horizont zurückkehrten.
„Wenig nennen sie die Unabhängigkeit, die sie mitten im Frieden, im Lande der Sonne genießen?“
„Sie haben recht, es ist viel!“ bestätigte Rosario mit plötzlich gesteigerter Sympathie für den Seemann.
„Ja, wir haben gelernt zu arbeiten und arm zu sein!“ murmelte der Bruder, noch immer lächelnd. Man sah es, die beiden waren stolz auf ihr Schicksal und erfüllt von Hoffnungen und starken Gedanken.

